SUSAN WALSH / AP (L.); IMAGO (R.)

US-Präsident Obama, Berater Volcker, Bundesfinanzminister Schäuble: *„Alle müssen an einem Strang ziehen“*

FINANZMÄRKTE

Vorteil Amerika

Die USA haben ein umfassendes Gesetz zur Regulierung der Banken verabschiedet – und so Standards gesetzt. Europa hinkt mit seiner trägen Bürokratie hinterher.

Es ist ein altes Klischee, das sich am Donnerstag vergangener Woche erneut bewahrheitet hat: Die USA handeln, während Europa und insbesondere Deutschland bestenfalls diskutiert.

Mit den Stimmen dreier abtrünniger Republikaner verabschiedete der Senat in Washington den rund 2400 Seiten starken Dodd-Frank Act, benannt nach dem Senator Christopher Dodd und dem Chef des Bankenausschusses im Repräsentantenhaus, Barney Frank. Es ist die Antwort der Amerikaner auf die Finanzkrise, die vor über drei Jahren in ihrem Land ausgelöst wurde.

Das Gesetz legt den Instituten enge Fesseln an – beim Handel mit komplexen Wertpapieren und bei hochspekulativen Geschäften. Außerdem stärkt es nicht nur die Rolle der Bankenaufsicht massiv, sondern auch die Rechte der Verbraucher auf Durchsetzung ihrer Interessen.

Die USA sind den europäischen Staaten damit, wieder einmal, einen Schritt voraus. Denn während hierzulande noch immer darüber debattiert wird, ob Deutschland nicht weiter für eine Finanztransaktionsteuer kämpfen soll oder wie eine mögliche Bankenabgabe ausgestaltet werden könnte, hat das Mutterland des Kapitalismus „in der Tat ein Riesenpaket verabschiedet“, sagt ein deutscher Regierungsbeamter.

Die Amerikaner haben damit Fakten geschaffen. An die Standards, die Washington setzt, müssen sich auch europäische Banken halten, die in den USA tätig sind, was die Möglichkeit der europäischen Regierungen und der EU, andere Regeln durchzusetzen, massiv einschränkt.

Theoretisch könnten die Regierungen in Berlin, Paris oder Rom innerhalb ihrer Landesgrenzen zwar bestimmen, was sie wollen, sofern ihre Parlamente mitspielen. Doch das würde zu einer regulatorischen Kleinstaaterei führen, unter der vor allem die Banken in den jeweiligen Ländern zu leiden hätten, weniger die großen US-Institute. Denn die europäischen Geldhäuser sind in aller Regel eher auf das US-Geschäft angewiesen als die US-Banken auf das Geschäft in Europa, schließlich ist der US-Finanzmarkt mit Abstand der größte der Welt.

Entsprechend verhalten fällt bislang auch die Reaktion der Bundesregierung aus. Kein einziger Politiker mit messbarem Bekanntheitsgrad mochte sich bis Freitag dazu äußern.

Lediglich unter dem Versprechen, nicht zitiert zu werden, mäkeln einige Politiker an dem Gesetz herum. Es sei zu kompliziert, zu unübersichtlich, und vor allem biete es zu viele Hintertürchen.

Natürlich war die Ursprungsversion des Dodd-Frank Act klarer und kompromissloser, der Text ist im parlamentarischen Verfahren deutlich verwässert worden.

Ausgangspunkt des Verfahrens war vor etwa einem halben Jahr die sogenannte Volcker-Regel, benannt nach dem ehemaligen Chef der US-Zentralbank Federal Reserve, Paul Volcker. Der Berater von US-Präsident Barack Obama hatte eine Rückkehr zum sogenannten Trennbanken-System vorgeschlagen.

Geschäftsbanken mit Beziehungen zu Privatkunden hätten demnach keinerlei spekulative Geschäfte mehr machen dürfen – wohl aber Investmentbanken. Denen aber wäre das Geschäft mit Privatkunden verboten worden. Der Vorteil: Investmentbanken hätten nicht mehr systemrelevant werden können – und folglich auch nicht mehr mit Staatsgeldern gerettet werden müssen.

So einfach und schlicht sind die neuen Regeln nun zwar nicht mehr – aber zahnlos sind sie keineswegs.

Das Gesetz legt unter anderem fest, dass die Regierung eine Bank im Falle ihrer drohenden Pleite geordnet abwickeln kann. Dadurch soll verhindert werden, dass Banken notfalls mit Steuergeldern gerettet werden müssen.

Außerdem wird der Handel mit den hochspekulativen Derivaten geregelt: Er darf künftig nicht mehr nur telefonisch zwischen zwei Bankern abgewickelt werden, sondern nur über eine Börse oder ein Clearing-Haus.

Obendrein werden in den USA künftig die hochspekulativen Geschäfte der Banken, beispielsweise mit Hedgefonds, stark beschnitten. Aber auch der Eigenhandel wird begrenzt, die Rechte der Aufsichtsbehörden werden massiv gestärkt, ihre Kräfte gebündelt.

Warum aber haben die Europäer bislang nichts Vergleichbares auf die Beine gestellt? Die Antwort darauf ist relativ ernüchternd.

Denn das Sagen haben nicht die Regierungen der EU-Mitgliedsländer. Der maßgebliche Gesetzgeber in Finanzfragen ist die EU-Kommission. Sie hat das sogenannte Initiativmonopol: Weder das Parlament noch der Ministerrat könnten, selbst wenn sie wollten, Gesetze, die für den Binnenmarkt relevant sind, auf den Weg bringen. Der neue, seit Februar

amtierende EU-Binnenkommissar Michel Barnier hat jedoch bislang noch keinen einzigen Gesetzesentwurf vorgelegt. Aber selbst wenn er fleißig gearbeitet hätte – die Abstimmungsmechanismen in der EU sind, bei 27 Mitgliedstaaten, viel zu träge, zu langsam und zu vielen Interessen unterworfen.

Keine europäische Regierung hat dies bisher thematisiert. Denn: Die neuen Gesetzgebungsregeln auf europäischer Ebene wurden gerade erst im Lissabon-Vertrag verankert. Das Regelwerk brauchte dank einiger gescheiterter Volksbegehren gleich mehrere Anläufe, bis es überall ratifiziert war. Eine Änderung würde einen enormen Kraftakt erfordern. Und folglich bleibt es bei dem starren Verfahren.

Ein Europa-Experte aus dem Bundestag hält es deshalb für äußerst wahrscheinlich, dass ein Gesetz zur Bankenregulierung in Europa am Ende noch viel stärker verwässert werden würde, als es in den USA geschehen ist.

Von Anfang an hatten die Amerikaner sehr viel konsequenter auf die Finanzkrise reagiert: Sie statteten ihre Banken zwangsweise mit Staatsgeld aus und sorgten so für Sicherheit auf den Finanzmärkten.

Die Europäer dagegen haben sich jetzt zum ersten Mal darauf verständigt, die Ergebnisse eines Stresstests für die Banken zu veröffentlichen. Gleichzeitig legten sie so weiche Kriterien fest, dass er nicht wirklich zur Beruhigung beitragen wird.

Und während die Amerikaner tief in das Geschäftsmodell ihrer Finanzunternehmen eingreifen, wird in Brüssel seit Wochen darüber gestritten, mit welchen Kompetenzen eine europäische Bankenaufsicht ausgestattet werden soll.

Ursprünglich gab sich die internationale Staatengemeinschaft entschlossen, gemeinsam auf die Herausforderungen der Finanzkrise zu reagieren. Auf jedem Gipfel der G 20 wurden seither schärfere Regeln gefordert – konkrete Beschlüsse aber stets auf den jeweils nächsten Gipfel verschoben.

Die Welt müsse „an einem Strang ziehen“, schrieb Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble noch vor kurzem in der „Börsen-Zeitung“. Die Bundesregierung habe ein vitales Interesse, bei der Entwicklung und Umsetzung internationaler Beschlüsse zur Finanzmarktregulierung aktiv mitzuwirken.

Dahinter verbarg sich die Angst, im Falle von nationalen Alleingängen könnten deutsche Banken Wettbewerbsnachteile erleiden. Schäuble wollte das vermeiden. Er hatte keine Chance.

Doch Alleingänge können auch Vorteile haben: Wenn der, der vorprescht, das Richtige macht – und er so stark ist, dass die anderen ihm folgen müssen.

Wolfgang Reuter

FOTOS: YEVGENY KONDAKOV

Kirgisische Kinder beim Sortieren von Tabakblättern, Fabrikgelände von Philip Morris in Kasachstan:

GLOBALISIERUNG

Ohne jeden Schutz

Der amerikanische Zigarettenmulti Philip Morris kauft in Kasachstan Tabak von Zulieferern, die Kinder und Wanderarbeiter ausbeuten. Die Regierung des Landes schaut weg.

Jeden Morgen um fünf Uhr brechen Samidin Ismadjarow und seine Familie mit einem Eselskarren zum Tabakfeld auf. Am Horizont sind die schneebedeckten Berge an der Grenze zu Kirgisien zu sehen. Vor einer Woche hat in Malybai die Ernte begonnen.

Der 5000-Einwohner-Ort liegt 120 Kilometer östlich von Almaty, der Boomstadt mit Hochhäusern und Glitzerboutiquen. In Malybai hingegen gibt es viele Lehm- und nur wenige Steinhäuser.

Bis neun Uhr, wenn die Hitze unerträglich wird, pflücken die Ismadjarows Tabakblätter. Die zweitjüngste Tochter Tachmina ist 13, sie trägt ein schwarzes T-Shirt und gelbe Plastiksandalen mit rosa Blümchen darauf.

Keiner hat Stiefel, Mundschutz oder einen Overall – weder der 10-jährige Kubanysch noch die Töchter Begemai, 15, und Gulsina, 18. Wegen der Nikotinausdünstungen und der Pestizide, die gegen Schädlinge gesprüht werden, wäre eine Schutzkleidung dringend nötig.

Auf Samidins Zigarettenpackung steht: „Schützen Sie Kinder vor Zigarettenrauch“. Die Packung stammt aus dem Werk von Philip Morris in Kasachstan, in dem der Tabak, den Samidin und seine Familie ernten, zu Zigaretten verarbeitet wird. Doch wer stellt sich dort die Frage, wie die Kinder auf den Tabakfeldern geschützt werden?

Samidin kann nicht einmal die Namen der Substanzen nennen, die er sprüht. Auch von der „grünen Tabakkrankheit“ hat er nie gehört. Hautkontakt mit jungen Tabakblättern führt zu Schwindel und Hautreizungen. Wer einen Tag mit Tabak arbeitet, nimmt das Vielfache des Nikotins einer Zigarette auf, an feuchten Tagen sogar Schadstoffe von bis zu 36 Zigaretten.

Wenn ein Kind über Kopfweh und Übelkeit klagt, kommt keiner in Malybai auf die Idee, dass der Tabak schuld sei. Zu viel Sonne, etwas Schlechtes gegessen, heißt es schnell. Dass Kinder arbeiten, hat in Zentralasien Tradition. Samidin sieht darin nichts Schlimmes. Nur die Mutter wünscht sich, dass wenigstens eines der Kinder „zur Schule geht, um dann eine Universität zu besuchen“.

Von der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen hat der Vater so wenig gehört wie vom Gesetz, in dem die kasachische Regierung Kinderarbeit auf Tabakplantagen explizit verbietet. Samidin weiß nicht, dass Philip Morris Mitglied der Genfer Stiftung „Eliminating Child Labour in Tobacco-Growing“ ist, die Kinderarbeit bekämpft.

Im vergangenen Jahr geriet der Tabakmulti dennoch ins Visier von Human Rights Watch (HRW). Die New Yorker Menschenrechtler befragten 68 Wanderarbeiterfamilien und dokumentierten dabei 72 Fälle von Kinderarbeit im Gebiet um Malybai, in dem der Konzern Philip Morris, der knapp die Hälfte des kasachischen Zigarettenmarkts beherrscht, als